JUNGE UNION DEUTSCHLANDS

Deutschland in der neuen NATO – Impulse für eine realistische Bündnispolitik mit Zukunft

Beschluss des Bundesvorstands der Jungen Union
am 2. September 2006 in Greifswald

I. NATO im Wandel

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist eine statische Bedrohungslage unterschiedlichen und sich dynamisch entwickelnden Risiken gewichen. Spätestens mit dem strategischen Konzept von 1999 und dem militärischen Eingreifen im Kosovo und Afghanistan zeichnet sich jedoch ein klarer Profilwandel der NATO ab: Weg von einem reinen Verteidigungsbündnis hin zu internationaler Krisen- und Konfliktbewältigung auch im globalen Maßstab. Damit stehen die NATO sowie das Verhältnis zwischen den USA und den europäischen Verbündeten vor schwierigen Herausforderungen. Unterschiedliche Antworten der Bündnispartner, die diese teilweise auch bewusst so gesucht haben, führten in der jüngeren Vergangenheit an den Rand einer Spaltung des Bündnisses.

II. Deutsche Interessenlage

Unbestritten besitzt die NATO immer noch eine hohe Attraktivität, aber sie ist kein Selbstzweck. Entscheidend für unsere Interessenlage ist, dass die NATO als politisches und militärisches Bindeglied zu den USA unersetzbar ist. Auf absehbare Zeit ist keine andere Macht erkennbar, die über vergleichbare militärische Fähigkeiten verfügt, an denen Deutschland teilhaben kann. Unsere starke Stellung als Exportnation ist auf die Fähigkeit globaler Machtprojektion, die unsere Werte teilt, angewiesen. Durch sie wird der störungsfreie Zugang zu strategischen Rohstoffen sowie zu überseeischen Exportmärkten gesichert bzw. erleichtert. Deutschland hat kein Interesse an einer Spaltung des Bündnisses. Alleingänge – von wem auch immer – müssen vermieden werden. Hinzu kommt, dass der amerikanische Nuklearschirm auch Deutschland Schutz vor Gefahren politischer und militärischer Erpressung bietet.

III. Bündnispolitische Herausforderungen – Schlüsselbereiche aktiver Mitgestaltung

Will sich die NATO den Sicherheitsfragen des 21. Jahrhunderts stellen, muss die Allianz bereits im Vorfeld militärischer Optionen aktiv werden. Dazu muss die NATO als sicherheitspolitisches Gremium genutzt werden, in dem auch politische Konflikte mit globaler Tragweite diskutiert werden, für die kein sofortiger militärischer Handlungsbedarf besteht. Deutschland muss die Transformation der NATO als festes Bindeglied zu den USA aktiv mitgestalten.

1. Strategischer Dialog

Im jüngsten „Quadrennial Defense Review Report“ (QDR) von 2006, dem Schlüsseldokument zur US-Militärpolitik, lassen sich erhebliche Auswirkungen auf die Stellung der NATO und damit auch das deutsch-amerikanische Verhältnis erkennen: Der QDR 2006 hält fest, dass viele europäische Staaten nicht in der Lage seien, militärische Kapazitäten bereitzustellen, die sie zu gemeinsamen Operationen mit den US-Streitkräften befähigen. Die europäischen Verbündeten werden primär als Truppensteller für langfristige Stabilisierungseinsätze betrachtet. Gleichzeitig soll die NATO im Sinne eines Konzepts von „Global Partnerships“ auf Schlüsselstaaten der Region Asien-Pazifik wie Japan, Australien und Südkorea ausgerichtet werden.

Aufgrund unserer Interessenlage in der Welt unterstützen wir prinzipiell die verstärkte Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten für den asiatisch-pazifischen Raum. Dabei ist die Bestandsfähigkeit des Bündnisses im Auge zu behalten. Deutschland muss Klarheit über seine zentralen Sicherheitsinteressen gewinnen und sich an die Spitze eines strategischen Dialogs

stellen. Ansätze einer europäischen Gegenmachtbildung sind zu vermeiden. Das für 2006 geplante Weißbuch des Bundesministeriums der Verteidigung bietet eine große Chance, Deutschlands Rolle in der NATO klar zu definieren.

2. Militärische Fähigkeiten

Entscheidend für den Einfluss eines NATO-Mitglieds ist der militärische Beitrag. Dies gilt umso mehr, als der militärische Bedeutungsverlust der NATO aus US-Sicht auf der Hand liegt.

NATO-Response Force (NRF). Ein Schlüsselprojekt der neuen NATO ist die Schaffung einer NATO Response Force (NRF). Die für ein breites Einsatzspektrum vorgesehene NRF umfasst insgesamt 21.000 Mann aller Teilstreitkräfte. Sie muss in der Lage sein, innerhalb von fünf Tagen an jedem Ort der Welt Operationen bis zu einem Monat ausführen zu können. Die Aufstellung der NRF unter Beteiligung deutscher Verbände mit bis zu 5000 Soldaten macht zweifellos Fortschritte. Probleme könnte aber die gleichzeitige Truppenzuweisung an die NRF und europäische Kräfte bereiten. Hier müssen die Zugriffsrechte geklärt und dem NRF-Projekt Priorität eingeräumt werden. Dies verlangt auch, den in Deutschland geltenden Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr behutsam so zu flexibilisieren, dass die Einsatzbereitschaft der NRF nicht gefährdet wird.

Ausbau von Nischenfunktionen. Die Befähigung zu größeren gemeinsamen Operationen zwischen europäischen und US-Streitkräften „auf gleicher Augenhöhe“ ist nur noch partiell gegeben. Um seine Kooperationsfähigkeit zu erhalten, sollte Deutschland militärische Nischenfähigkeiten gezielt ausbauen, in denen es noch führend ist. Dies betrifft etwa die Bereiche ABC-Abwehr, Minensuche und -abwehr zur See, Aufklärung und Bekämpfung gegnerischer Luftabwehr sowie Sanitätsflugzeuge. Zusätzlich muss Deutschland sein Bemühen darauf richten, den Anschluß an vergleichbare europäische Streitkräfte nicht zu verlieren, um zumindest unter den europäischen NATO-Partnern gleichberechtigt auftreten zu können. Dies ist mit dem gegenwärtigen Niveau der Verteidigungsausgaben nicht zu bewerkstelligen.

Ausbau von Spezialkräften. Die US-Militärplaner messen dem Aufbau militärischer Spezialkräfte im Kampf gegen den internationalen Terrorismus entscheidende Bedeutung bei. Dies sollten die europäischen Partner in ihrer eigenen Planungen berücksichtigen und den Ausbau von Spezialkräften für gemeinsame Einsätze vorantreiben. Hier verfügt Deutschland mit dem Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr über eine äußerst professionelle und schlagkräftige Einheit, auf die aufgebaut werden kann.

Stabilisierungseinsätze in Krisenregionen. Deutschland ist mit erheblichen militärischen Kräften und Kosten an Stabilisierungsoperationen beteiligt, die unter NATO-Kommando stehen, insbesondere ISAF/Afghanistan (ca. 2300 Mann) und KFOR/Kosovo (ca. 2600 Mann). Die Bereitstellung von Stabilisierungskräften wird ebenfalls an Bedeutung zunehmen, ist aber auch mit erheblichen Problemen behaftet. Dazu gehören die Belastung der eingesetzten Soldaten – besonders in Spezialverwendungen – und ihren Familien, hohe Kosten infolge langjähriger Stationierung und die drohende Verwicklung in asymmetrische Konflikte. Dem muss durch schlüssige politische Konzepte für Krisenregionen vorgebeugt werden.

3. Effizientere Bündnisstrukturen – NATO-Erweiterung

Das einst für 12 Mitgliedstaaten geschaffene Bündnis ist mittlerweile auf 26 Mitglieder angewachsen. Die Tür der NATO muss auch in Zukunft grundsätzlich offen bleiben für diejenigen Staaten, deren Beitritt nicht nur für diese selbst, sondern auch für das Bündnis ein Gewinn darstellt. Dies gilt beispielsweise für Kroatien. Unabhängig von der Frage der Erweiterung leidet die NATO schon jetzt unter organisatorischem Wildwuchs und ineffizienten Führungsstrukturen. Auch hier sollte sich Deutschland an die Spitze der Reformdiskussion stellen, mit dem Ziel, die Entscheidungsabläufe und Strukturen des Bündnisses zu verschlanken. Wir sprechen uns gegen die Aufnahme von Staaten mit ungelösten internen und externen Konflikten aus. Andererseits darf es aber auch kein Vetorecht dritter Staaten geben.

4. Transatlantische Rüstungspolitik

Die Bemühungen zum Aufbau einer europäischen Rüstungsbasis und europäische Zusammenschlüsse in bestimmten Rüstungssparten sind grundsätzlich zu begrüßen. Das sollte die deutsche Wehrindustrie bzw. europäische Firmen mit deutscher Beteiligung aber nicht daran hindern, transatlantische Rüstungsprojekte anzustreben. Kooperationsprojekte wie das Luftabwehrsystem MEADS bieten neue Teilhabemöglichkeiten an hochwertiger Verteidigungstechnologie und festigen das transatlantische Beziehungsgeflecht. Die deutsche Wehrindustrie sollte ihre Möglichkeiten nutzen, die rüstungspolitische Zusammenarbeit mit den USA gezielt zu beeinflussen. So bieten sich etwa im Bereich der maritimen Wehrtechnik erfolgversprechende Perspektiven für Rüstungsprojekte an, die der strategischen Partnerschaft mit den USA förderlich sein können. Darüber hinaus sollte in der Entwicklung neuer Technologien zum Schutz der Bevölkerung und kritischer Infrastruktur die Zusammenarbeit mit der US-Industrie intensiviert werden.

IV. Schlussbemerkung

Die NATO muss sich auf komplexe neue Gefahren einstellen – und zwar außerhalb ihres Bündnisgebietes, mit einer auf 26 Staaten angestiegenen Mitgliederzahl und deutlich geschrumpften Verteidigungsausgaben in vielen Mitgliedstaaten. Für Deutschland ist die NATO nicht irgendein Bündnis, sondern der wichtigste Garant seiner Sicherheit und das unersetzbare Bindeglied zum strategischen Partner USA. Daraus erwächst die Notwendigkeit, die Transformation der NATO aktiv mitzugestalten:

- durch einen neuen strategischen Dialog über die Ausrichtung der Allianz,
- durch substantielle militärische Beiträge für die NATO,
- durch eine umfassende Strukturreform, die der Bündnisorganisation mehr Effizienz verleiht,
- und durch die Intensivierung der transatlantischen Rüstungszusammenarbeit.